

Niederschrift der 38. Ratssitzung vom 11.07.2013

Ort: Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str.

Tag: 11.07.2013

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:28 Uhr

Anwesenheit: Oberbürgermeister Herr Ralf Poschmann
31 Stadträte

Herr Dieter Klein	CDU
Herr Thomas Peckruhn	CDU
Frau Monika Rauhut	CDU
Herr Volker Schachtel	CDU
Herr Andreas Skrypek	CDU
Frau Regina Stahlhacke	CDU
Herr Harald Weiß	CDU
Herr Reinhard Windolph	CDU

Herr Michael Dietrich	DIE LINKE.
Herr Peter Dietrich	DIE LINKE.
Herr Holger Hüttel	DIE LINKE.
Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.
Frau Christine Kümmel	DIE LINKE.
Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.
Herr Günter Prause	DIE LINKE.
Herr Axel Sell	DIE LINKE.

Herr Siegmar Hecker	BOS
Herr Andreas Herold	BOS
Herr Volker Kinne	BOS
Herr Bert Mrozik	BOS
Frau Katrin Scheffel	BOS
Herr Helmut Schmidt	BOS
Herr Jürgen Telle	BOS
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser	BOS

Herr Mike Bösel	B.I.S.
Frau Gesine Liesong	B.I.S.
Frau Käthe Olschak	B.I.S.
Herr Lothar Wolfram	B.I.S.

Frau Christine Block	SPD
----------------------	-----

Herr Helmut Qual	FDP
------------------	-----

Herr Heiko Brunthaler	NPD
-----------------------	-----

entschuldigt fehlten:	Herr Udo Halle	CDU
	Frau Regine Römmisch	CDU
	Herr Manfred Fischer	DIE LINKE.
	Frau Iris Töpsch	DIE LINKE.

	Herr Siegbert Grießer	B.I.S.
	Herr Klaus Peche	B.I.S.
	Frau Katharina Ruschke	SPD
verspätet erschienen:	Herr Udo Schwarz	FDP 17:20 Uhr
	Herr Arndt Kemesies	SPD 17:20 Uhr
vorzeitiges Verlassen:	Herr Axel Sell	DIE LINKE. 18:40 Uhr
	Herr Heiko Brunthaler	NPD 18:50 Uhr
sachkundige Einwohner:	Herr Peter Bloßfeld	
	Herr Manfred Hartmann	
	Herr Heinz Hüttenrauch	
	Frau Sonja Hund	
	Herr Wolfgang Müller	
	Frau Ilona Poschmann	
	Frau Katja Otte	
	Frau Iris Reiche	
	Herr André Röthel	
	Herr Maik Rüdiger	
	Herr Lothar Sanftleben	
stellv. Ortsbürgermeister:	Herr Helmut Hahnas	OT Obersdorf
Stadtverwaltung:	Herr Jens Schuster	Fachbereichsleiter Zentrale Dienste und Finanzen
	Herr Udo Michael	Fachbereichsleiter Bürgerservice
	Frau Marina Becker	Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Städtepartnerschaften
	Frau Karin Schiller	Ratsbüro
	Frau Simone Jung	Ratsbüro
Tagungsleitung:	Herr Andreas Skrypek	Vorsitzender des Stadtrates

Tagesordnung gemäß Einladung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung der Niederschrift der 37. Ratssitzung vom 06.06.2013**
- 4. Bericht des Oberbürgermeisters**
- 5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
- 6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
 - 6.1 Neufassung der Benutzungs- und Gebührensatzung für Kindertageseinrichtungen in der Stadt Sangerhausen - 2. Lesung und Beschlussfassung
 - 6.2 Haushaltssatzung einschließlich Haushaltsplan der Stadt Sangerhausen für das Haushaltsjahr 2013
 - 6.3 5. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Stadt Sangerhausen für die Jahre 2010 bis 2017
 - 6.4 Bildung eines zeitweiligen Ausschusses für den Regiebetrieb Bauhof
 - 6.5 Verkauf des städtischen Grundstückes Schlossgasse 1 und 3, Gemarkung Sangerhausen, Flur 14, Flurstücke 44/299 (43m²) und 44/300 (72m²)
 - 6.6 Satzung zur Wahlplakatierung in der Stadt Sangerhausen zur Bundestagswahl 2013
- 7. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung**
 - 7.1 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des AZV und TZV Südharz
- 8. Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung**
 - 8.1 Information über Beschlüsse des Hauptausschusses
 - 8.2 Information über Beschlüsse des Sanierungsausschusses
- 9. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Andreas Skrypek eröffnet die 38. Stadtratssitzung und begrüßt den Oberbürgermeister, die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, stellv. Ortsbürgermeister, Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

Beschlussfähigkeit: Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 31 Stadträte und der Oberbürgermeister sind anwesend.

Öffentlichkeit: Die TOP 1. - 6.6 und 9. werden in öffentlicher Sitzung behandelt.
Die TOP 7. - 8.2 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Abstimmung über die Tagesordnung

Ja-Stimmen = 32

Nein-Stimmen = 0

Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Tagesordnung einstimmig bestätigt.

Glückwünsche zum Geburtstag

Herr Skrypek und Herr Poschmann gratulieren nachträglich Herrn Michael Dietrich zum Geburtstag.

3. Genehmigung der Niederschrift der 37. Ratssitzung vom 06.06.2013

Herr Mrozik hat keine Änderungsanträge, aber einige Anmerkungen zur Niederschrift der letzten Ratssitzung vorzubringen. Hauptsächlich geht es um den TOP 7.5 *Aufstellung Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 35 "Sondergebiet Ost" der Stadt Sangerhausen*. Als Fraktionsvorsitzender der BOS und stellvertretend für die Stadträte, die sich sachlich und fachlich mit der Beschlussvorlage befasst haben, egal ob sie dafür oder dagegen gestimmt haben, möchte er sich dazu äußern. Nach der Stadtratssitzung hat seine Fraktion Kenntnis von einem Schreiben bzw. einer Stellungnahme einer in Sangerhausen ansässigen Entwicklungsgesellschaft bekommen, das im Vorfeld an verschiedene Fraktionen des Stadtrates gegangen ist. Das Schreiben in den Fraktionen zu diskutieren, ist legitim. Wenn man im Nachhinein, den Redebeitrag des Vorsitzenden der B.I.S.-Fraktion analysiert, stellt man fest, dass er sinngemäß und wortwörtlich dieses Schreiben vorträgt und daraus zitiert. Herr Mrozik zitiert folgenden Satz aus der Wortmeldung. "Diejenigen, die der Beschlussvorlage zustimmen, tun dem Investor einen Gefallen .. ." Das weist er für seine Person und für seine Fraktion entschieden zurück. Er erwartet eine Klärung. Wenn er sich zurückerinnert, hatte die B.I.S.-Fraktion eine andere Auffassung zu diesem Thema. Er ist über eine solche Dreistigkeit entsetzt und hätte eigentlich gern in der Ratssitzung die Meinung der B.I.S.-Fraktion zum Thema Sondergebiet Ost gehört. Fraglich ist: "Wer hier wem einen Gefallen tun wollte?" Abschließend überreicht er dem Stadtratsvorsitzenden das Schreiben der Entwicklungsgesellschaft, aus dem zitiert wurde. Er bittet um Protokollierung.

Herr Skrypek stellt fest, dass der Redebeitrag von Herrn Mrozik im Prinzip nichts mit der Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung zu tun hat. Es geht hier um Änderungen bzw. Ergänzungen. Wie gewünscht, wird er trotzdem ins Protokoll aufgenommen.

Frau Scheffel: "Genau das wollte sicherlich mein Fraktionsvorsitzender ausdrücken. Ich habe, wenn Sie das weiterlesen, mein Wortbeitrag, dann habe ich nämlich genau wiederholt, was der Fraktionsvorsitzende der B.I.S. vorher gesagt hat. Nämlich: 'Wer einem Investor hinterherläuft' ... usw. Das finde ich bei meinem Vorredner nicht.

Ich möchte darum bitten, dass das Stück bitte noch aufgenommen wird, in die Niederschrift. Denn worauf hätte ich sonst antworten sollen? Mein Beitrag steht eigentlich mehr im Raum, dann."

Herr Skrypek schlägt vor, gemeinsam mit seinem Stellvertreter Herrn Telle, der die letzte Ratssitzung geleitet hat, die akustische mit der schriftlichen Version des Redebeitrages zu vergleichen. Sollten Ergänzungen notwendig sein, werden sie der Niederschrift beigelegt. Dafür gibt es die Protokollkontrolle.

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen = 30
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 2

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

4. Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht des Oberbürgermeisters wurde vor der Ratssitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 12.07.2013 zugeschickt.

5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Anfragen der Stadträtin Frau Liesong, B.I.S.-Fraktion

Frau Liesong hat 3 Sachen vorzubringen.

1.) bedankt sie sich für den Aufruf zum Fest der Demokratie. Sie hofft und denkt, dass sich diesem kein Ratsmitglied entziehen kann. Das 2.) ist eine Hausaufgabe an die Stadtverwaltung. Sie erwartet heute noch keine Antwort. Es geht um einen Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung über folgendes. Bei Abwasserzweckverbänden hat der Rechnungshof geprüft und festgestellt, dass es unrechtmäßig ist, wenn nicht gezahlte Beiträge, auf die Kunden, die ihre Beiträge beglichen haben, umgelegt werden. Sie fragt, ob das der AZV Südharz auch so handhabt. Wenn "Ja", wie wird damit umgegangen? Es ist eigentlich nicht legitim. Die 3.) Sache bezieht sich auch auf einen aktuellen Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung und vor allem jetzt, auf diese Jahreszeit und das Wetter. Sie möchte wissen, was die Stadt Sangerhausen gegen den Bärenklau unternimmt. Es gibt ein großes Gebiet mit Bärenklaugewächsen. Sie kennt die Auswirkungen (toxische Dermatitis) aus ihrer Zeit als Hautärztin. Gerade Kinder, die ahnungslos damit spielen, sind gefährdet, denn sie bekommen dadurch eine derart hässliche Hautentzündung, die oftmals nur unter Hinterlassung von lebenslang bleibenden braunen Narben abheilt. Es muss unbedingt etwas dagegen getan werden, damit er sich nicht weiter ausbreitet. Sie möchte bis zum nächsten Mal eine Antwort darauf, was der Bauhof dagegen unternimmt. Z.B. ist die Strecke am Angespänn, bis hinter zum Bauhof, übel mit Bärenklau verseucht.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann bedankt sich für den Hinweis auf die Gefährlichkeit des Bärenklaus. Er wird sich darüber außerhalb der Ratssitzung bei Frau Liesong umfassend informieren.

Zu 2.) antwortet er folgendermaßen. Es gab ein Urteil, bei dem ein Zweckverband, nicht eingebrachte Gebühren und Beiträge wieder in die Kalkulation einfließen lassen und somit auf die Gebührenzahler verteilt hat. Das wurde beim AZV Südharz noch nie praktiziert. Es gibt folgende Verfahrensweise. Wenn z.B. 1.000 € eines Gebührenschuldners, der beispielsweise infolge einer Insolvenz, seine offenen Forderungen nicht mehr begleichen kann, nicht mehr bebringbar sind, wird zunächst eine Niederschlagung veranlasst. Darüber hat er immer in Ratssitzungen informiert, so wie er heute auch wieder im nichtöffentlichen Teil berichten wird. Bei einer Niederschlagung geht man noch nicht davon aus, dass die Einnahme generell nicht mehr bebringbar ist. Sie ist allerdings befristet und die Verzinsung der Schulden und weitere Mahngebühren werden dadurch gehemmt. Nach Fristablauf kann der Erlass in der Verbandsversammlung beschlossen werden. Der Zweckverband hat neben Gebühren und Beiträgen keine anderen Einnahmen, deshalb stecken letzten Endes diese Gelder in der allgemeinen Umlage, die nicht der Gebührenschuldner, sondern der Steuerzahler begleicht. Das wird in der Kalkulation und gemeinsam von Wirtschaftsprüfern und Kommunalaufsicht geprüft. Von Seiten des Landesrechnungshofes gab es keine Beanstandungen.

Anfrage der Stadträtin Frau Scheffel, BOS-Fraktion

Frau Scheffel hat eine Anfrage zur Auswertung der Messungen im fließenden Verkehr. Sie findet die Aktion sehr gut und vor allem begrüßt sie, dass der Stadt keine Kosten entstanden sind. Sie möchte wissen, warum ein Auslösewert von 20 km/h angenommen wurde, an einer Stelle, an der 20 km/h nach den gesetzlichen Regelungen fast Lichtgeschwindigkeit sind und ein Auslösewert von 40 km/h angenommen wird, wo ein Schild mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h steht. Das gibt das Signal an die Öffentlichkeit, dass in diesen Bereichen dann auch 20 bzw. 40 km/h gefahren werden kann. Die Statistik würde ganz anders aussehen. Z.B. sind laut Dokumentation 9.541 Fahrer mit 20 km/h gefahren, wobei sicher nur 541 davon, den vorgeschriebenen Richtwert eingehalten haben. Es wäre besser gewesen, wenn man das etwas genauer hätte machen können oder gemacht hätte.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann äußert, dass es kein Problem gewesen wäre, die Messungen genauer durchzuführen. Bei Geschwindigkeitsüberschreitungen gibt es Toleranzbereiche. Genau das sollte auch abgebildet werden, als man sich für diese Werte entschied. Ziel war nicht, eine Geschwindigkeitsmessung auf den Punkt genau durchzuführen und die Fahrzeughalter festzustellen. Es wurden lediglich die Fahrzeuge gezählt, um signifikant herauszufinden, ob es Sinn macht, an diesen Stellen zu blitzen oder ob es nur ein subjektiver Eindruck ist, dass alle Leute zu schnell fahren. Sollte später geblitzt werden, müssen die Spielregeln natürlich genau nach Vorschrift eingehalten werden.

Anfragen des Stadtrates Herrn Kotzur, Fraktion DIE LINKE.

Herr Kotzur spricht die Parkprobleme an der Kreismusikschule an, die sich bereits über das gesamte Ausbildungsjahr hinziehen. Bei Veranstaltungen im Ludowinger-Saal (Konferenz, 20. Jahrestag des Landesverbandes der Bergarbeiter) wird sicher eine ähnliche angespannte Situation entstehen, wie am letzten Wochenende beim Jahresabschlusskonzert der Musikschule. Die Anwohner sind berechtigterweise (Anwohnerparkplätze) frustriert und rufen das Ordnungsamt, welches Strafzettel verteilt. Es sollte versucht werden, nach Möglichkeiten zu suchen, damit sich diese Situation dort entspannt. Zum Einen über Aufklärung und zum Anderen über gemeinsame Lösungen mit dem Landkreis. Ansonsten leidet der Eindruck dieser Einrichtung insgesamt.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann versichert, dass mit Hochdruck daran gearbeitet wird. Seit der Eröffnung des Ludowinger-Saales besteht das Problem. Es wird davon ausgegangen, dass der Bestandsschutz gegeben ist, dass man nicht bauordnungsrechtlich gezwungen ist, mehr Stellplätze vorzuhalten. Darum geht es aber nicht. Er erinnert an die Sitzungen im Sanierungsausschuss, als darüber diskutiert wurde, welche Parkflächen an den Landkreis verkauft werden sollten. Der bestand darauf, die Flächen ohne die Scheune zu kaufen. Was sicher im Nachhinein gesehen, nicht abschließend durchdacht war. Mittelweile wurde die Scheune anderweitig verkauft. Er schildert die gegenwärtige Situation. Als Erstes ist es notwendig für Großveranstaltungen schon in die Einladung eine Verkehrsleitung einzubringen. Es ist angebracht, den Parkplatz Marktsüdseite mit auszuweisen, da er fußläufig akzeptabel ist. Bis zum Schuljahresbeginn wird eine entsprechende Ausschilderung an der Treppe erfolgen. Zweitens sollen die Fußgänger ab dem Husarenpfortchen zur Musikschule geführt werden. Ein Vorschlag wäre, wegweisend, Notenschlüssel auf das Straßenpflaster aufzubringen und/ oder weitere Schilder aufzustellen. Natürlich ist die Parksituation im Tagesgeschäft ebenfalls problematisch. Am Speckswinkel vorbei, fährt man direkt am offenen Tor der Parkplatzeinfahrt entlang. Dort muss ein Schild "Parken Musikschule" auf den Parkplatz hinweisen. Wenn man nämlich daran vorbeifährt und den Alten Markt passiert, findet man keinen Parkplatz. Ab da müssen die Besucher dorthin geführt werden, wo Kapazitäten sind. Derzeit wird an einem geeigneten Leitsystem gearbeitet. Am Anfang wurde ein Durchbruch durch die Stadtmauer diskutiert, um die Parkplätze am Rosarium nutzen zu können. Der Weg wäre sicher genauso weit wie von der Marktsüdseite. Natürlich muss auf dem Parkplatz der Musikschule für Behinderte und Kurzzeitparker die Ausschilderung so erfolgen, dass das Angebot angenommen wird. Ein Problem ist das Tor. Hier ist eine verlässliche Ausschilderung dringend erforderlich. Eine entsprechende Anzahl von Anwohnerstellflächen muss vorgehalten werden. Über zusätzliche Behindertenparkplätze ist zu reden. Der Fachbereich 40 hat eine Informationsvorlage im Rahmen der Dienstberatung erarbeitet. Diese wird zur Zeit vom Fachbereich 90 geprüft. Die Aussage, dass jeder Einladung eine Beschilderung beigelegt sein muss, ergänzt er. In den klassischen Stadtplänen ist dieser Weg nicht nachvollziehbar. Dieser muss von einem Grafiker erst eingezeichnet werden. Hier kann man mit wenig Geld Abhilfe schaffen. Es muss an die Vernunft appelliert werden. Eventuell sollten auch Einweiser bei Großveranstaltungen eingesetzt werden.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Kinne, BOS-Fraktion

Herr Kinne kommt noch einmal auf die Auswertung der Messungen im fließenden Verkehr zurück. Es ist erschreckend, wie an manchen Stellen durch die Stadt gerast wird. Im Interesse der Sicherheit der Bürger, sollte die Stadt nicht zu lange mit der Installation dieser Einrichtungen warten. Außerdem gäbe es zusätzliche Einnahmen als Nebeneffekt. Des Weiteren spricht er an, dass die Erschließung des Industrieparks Goldene Aue sehr weit fortgeschritten ist und mahnt an, dass, wenn die Stadt sich nicht langsam beeilt, hier kein Investor mehr herkommt.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann bestätigt, dass Nordhausen einen kleinen Vorsprung hat. Wie gestern im nichtöffentlichen Teil des Hauptausschusses ausführlich dargestellt, sind noch ein paar strategische Ansätze zu besprechen. Logistisch gesehen (Autobahndreieck) ist der Standort Industriepark Mitteldeutschland der bessere. Dass es Probleme gibt, ist bekannt. Aber es gibt auch Lösungsansätze. Wenn gewünscht, wird er im nichtöffentlichen Teil der Ratssitzung darüber informieren.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Wolfram, B.I.S.-Fraktion

Herr Wolfram weist darauf hin, dass es in Deutschland keine verkehrsberuhigten "Zonen" (Bericht des Oberbürgermeisters S. 3 unten), sondern nur verkehrsberuhigte "Bereiche" gibt.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann bedankt sich für den Hinweis.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Peckruhn, CDU-Fraktion

Herr Peckruhn vermisst die Erwähnung des Rosenfestumzuges im Bericht des Oberbürgermeisters. Es war eine Werbung für die Kreisstadt, die die Stadt öfter nötig hätte. Sehr verwundert hat ihn, dass am nächsten Tag in der Mitteldeutschen Zeitung geschrieben stand, dass aus finanziellen Gründen der Festumzug nur alle 5 Jahre stattfinden soll. Das wäre schade, denn der Rosenfestumzug zieht sehr viele Leute in die Stadt. Er wünscht sich, dass man sich zur konzeptionellen Gestaltung des Umzuges und dessen Vermarktung Gedanken macht. Die vielen Mitwirkenden hätten eine kleine Erwähnung hier und heute verdient. Des Weiteren ist er überrascht, dass alle Stadträte die Schließung der Skateboardanlage einfach so hinnehmen. Er kann sich damit nicht anfreunden und erwähnt die Spende in Höhe von 2.000 €, die zum Rosenball eingegangen ist. Die Skater bringen sich in Gefahr, wenn sie sich auf unwegsamen Gelände (E-Center) mit ihren Skateboards u.a. Geräten bewegen. Er bittet darum, Möglichkeiten zu prüfen, die Anlage zu sanieren und dann grundhaft instandzusetzen. Es wird für viele Sachen Geld ausgegeben. "Die Kinder und Jugendlichen sollten es uns Wert sein."

Wortmeldung der Stadträtin Frau Liesong, B.I.S.-Fraktion

Frau Liesong schließt sich Herrn Peckruhn an. Sie möchte, dass Frau Schuchardt namentlich erwähnt wird, denn ohne sie wäre der Rosenfestumzug nicht zustande gekommen. Ihre komplette Fraktion hat ebenfalls teilgenommen. Was die Skateboardanlage betrifft, sollten alle Möglichkeiten (Spendenaktion usw.) geprüft werden, um die Anlage wieder für die Kinder und Jugendlichen nutzbar zu machen.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann nimmt die Kritik für den bisher ausgebliebenen Dank an die Teilnehmer und Organisatoren des Rosenfestumzuges entgegen. Geplant ist eine Dankeschönveranstaltung für alle Teilnehmer in der Rosenarena. Er spricht von einer interessanten Veranstaltung und einem tollen Klima in der Stadt. Seit mehreren Jahren wird versucht, an diesem Wochenende weiteres Leben in die Stadt zu holen. Er wird die Anregung auch dem Gewerbeverein unterbreiten. Die Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage ist begrenzt. Zum 5-Jahres-Rhythmus äußert er sich folgendermaßen. Er hat im nichtöffentlichen Teil des gestrigen Hauptausschusses schon einmal abstimmen lassen, ob sich die Stadt im Jahr 2016 um die Ausrichtung des Sachsen-Anhalt-Tages bewirbt. Dann wäre wieder ein Umzug fällig. Außer dem Rosenfestumzug findet in diesem Jahr, jetzt am Wochenende, ein 2. Umzug - der große Bergaufzug statt. Was die Skateranlage betrifft, so hat er nicht gesagt, dass die ganze Anlage geschlossen wird, sondern lediglich die Halfpipe musste gesperrt werden. Das ist aber nun einmal das Herzstück der Anlage. Alle Möglichkeiten müssen unbedingt ausgelotet werden, um zu sehen, was finanziell und technisch machbar ist. 2.000 € hat die Tombola zum Rosenball eingebracht. Der Betrag ist auch für Reparaturen einsetzbar.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn M. Dietrich, Fraktion DIE LINKE.

Herr M. Dietrich greift eine Anfrage aus der letzten Ratssitzung auf. Die BOS-Fraktion hatte in Bezug auf die Schließung des Grundschulstandortes Hayn um Prüfung gebeten, ob die Grundschüler aus dem Harz demnächst in Großleinungen eingeschult werden können. Im Sozialausschuss wurde zwar darüber gesprochen, aber er vermisst eine klare Einstellung der Verwaltung dazu. Der Rat steht dahinter, das Einzugsgebiet nach Großleinungen zu ziehen und nicht, wie der Landkreis das möchte, ins Othal.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann verweist darauf, dass die Verwaltung an dieser Stelle nicht dem Landkreis Recht gibt, sondern, dass die Eltern der 2 Einschüler so entschieden haben.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn M. Dietrich, Fraktion DIE LINKE.

Herr M. Dietrich unterbricht und erklärt, dass es nicht um die beiden Einschüler geht, sondern um die Schließung im nächsten Jahr und um die restlichen Schüler. Es darf nicht bis zum Schuljahresende gewartet werden. Die Stadt sollte sich dazu positionieren, Großleinungen zu stärken. Die Grundschule in Obersdorf wurde bereits geschlossen.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann macht darauf aufmerksam, dass der Landkreis in seiner Schulentwicklungsplanung den Schülertransport berücksichtigen muss.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn M. Dietrich, Fraktion DIE LINKE.

Herr M. Dietrich betont, dass die Stadt erst einmal festlegen muss, wohin die Kinder gehen sollen. Geschieht das nicht, wird der Landkreis beschließen, was er will. Wenn die Stadt sagt, der Standort Großleinungen soll gestärkt werden und die Kinder der Harzdörfer sollen in diese Schule gehen, dann muss der Landkreis entscheiden.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann wird prüfen, ob der Stadtrat dazu eine Entscheidung treffen kann bzw. ob er das Recht hat, losgelöst von der Schulentwicklungsplanung, darüber zu befinden. Wenn es möglich ist, wird im September darüber beraten.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn P. Dietrich, Fraktion DIE LINKE.

Herr P. Dietrich hebt hervor, dass das Berg- und Rosenfest großen Zuspruch bei Sangerhäusern und Besuchern gefunden hat. Von vielen Seiten gab es aber Kritik über fehlende gastronomische Betreuung. Nächsten Sonntag findet die große Bergparade in Sangerhausen statt. Er selbst hat bereits viele Male an Bergparaden in anderen Bundesländern teilgenommen. Dort gab es diesen Mangel nicht. Er bittet um eine bessere Organisation, sodass die ca. 850 Bergleute aus ganz Deutschland und die vielen Gäste, die Möglichkeit geboten bekommen, in der Stadt etwas zu verzehren.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann verweist darauf, dass es nicht einfach ist.

KASSETTENWECHSEL

Es werden weit über 1.000 Besucher erwartet. Die Öffentlichkeit weiß Bescheid. Die Gastronomie ist vorbereitet, stößt aber bei dem großen Andrang an ihre Grenzen.

Anfrage der Stadträtin Frau Scheffel, BOS-Fraktion

Frau Scheffel stellt fest, dass es von Interesse ist, viel Werbung für die Stadt zu machen. Es ist bereits ganz gut, kann aber noch besser werden. Sie bittet den Ratsvorsitzenden um das Wort im geschlossenen Teil der Sitzung. Sie möchte davon berichten, wie man ihres Erachtens bewusst, ganz aktiv, Antiwerbung für Sangerhausen macht.

Antwort des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Skrypek

Herr Skrypek antwortet, dass darüber im geschlossenen Teil befunden wird.

6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

6.1 Neufassung der Benutzungs- und Gebührensatzung für Kindertageseinrichtungen in der Stadt Sangerhausen - 2. Lesung und Beschlussfassung

Herr Michael begründet die Beschlussvorlage und geht vor allem auf maßgebliche Änderungen in der Satzung, gegenüber der 1. Lesung ein. Im § 10 (2) der Benutzungssatzung ist der erste Halbsatz wie folgt zu ändern. "Der Betreuungsvertrag kann von der Stadt Sangerhausen unter Einhaltung einer ordentlichen Frist gekündigt werden, ..." Das Wort "Intension" in der Begründung der Beschlussvorlage ist durch das Wort "Intention" zu ersetzen.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen zu.

Stellungnahme des Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung zu.

Die Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage mehrheitlich zu. (siehe Anhang)

Herr Qual macht darauf aufmerksam, dass die Stadträte nicht nur hinsichtlich der Belastung der Eltern eine große Verantwortung tragen, sondern auch in Bezug auf den Haushalt. Auf Grund der erheblichen Mehrbelastung für die Stadt insgesamt, muss man sagen, dass das Gesetz von der Landesregierung nicht nur schlecht gemacht, sondern von vornherein schlecht gedacht wurde. Um die Stadt nicht noch mehr zu belasten, wird seine Faktion der Vorlage zustimmen. Eine Ablehnung bedeutet, dass die alten Beiträge weiter Bestand haben und auf die Stadt erhebliche Mehrkosten zukommen. Er regt dazu an, an den Städte- und Gemeindebund eine hohe Erwartung zu richten, damit in Zukunft eine verträglichere Lösung gefunden wird. Zum Jahresende sollte eine Bewertung darüber erfolgen, inwieweit von dem Rechtsanspruch Gebrauch gemacht wurde. Daraus resultiert die Höhe der Belastungen.

Frau Rauhut möchte wissen, ob in der Kindertagesstätte Wippra während der Schließzeit, die Betreuung einer Gruppe abgesichert wird.

Herr Michael sagt zu, dass es in Wippra wie im letzten Jahr ablaufen wird, wenn die Eltern das wünschen. Im neuen Gesetz wurde gerade in dieser Hinsicht das Mitbestimmungsrecht des Elternkuratoriums gestärkt. Es wird wieder in den Schließzeiten eine Gruppe betreut, um Eltern, die nicht in dieser Zeit von der Arbeit frei nehmen können, entgegenzukommen. Das gilt auch für andere Einrichtungen.

Herr Hüttel zitiert aus einem Bericht der heutigen Ausgabe der Mitteldeutschen Zeitung den Wissenschaftsminister des Landes Sachsen-Anhalt. Er hebt die Aussage hervor, dass "die Wünsche der Kinder dem Einkommen der Eltern anzupassen sind". Das ist in der Politik nicht anders. Herr Möllring tätigte diese Aussage im Zusammenhang mit den Kürzungen der Landesregierung im Bereich der Hochschulförderung. Das Thema: Kinderförderungsgesetz scheint in Magdeburg schon erledigt zu sein. In der Hochschuldebatte äußerte sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Herr Schröder sinngemäß wie folgt. "Wir haben uns artikuliert, jetzt wird gehandelt, auch gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung." Das stellt eine Denkrichtung im Land dar. Bildung soll in diesem Land entgegen den Versprechungen aller Parteien vor den Wahlen (Bundestagswahl) reduziert werden. Es sollen wieder Eliten hervorgebracht werden, die sich nicht aus der normalen Bevölkerung rekrutieren, sondern aus den Kreisen der Besserverdienenden und Wohlhabenden. Genau das ist das Thema hier und heute. Er fragt ob der Rat das Recht hat, Bildung (dazu gehört die frühkindliche Erziehung) zu verteuern. Sollten Bildungsstätten von Kindertageseinrichtungen bis zur Universität nicht kostenfrei gehalten werden? Stattdessen soll heute über eine

trotzdem noch drastische Erhöhung der Gebühren für die frühkindliche Bildung entschieden werden. Es handelt sich um Erhöhungen zwischen 9 und 30,5 Prozent im Kinderkrippen- und Kindergartenbereich und zwischen 36 und 100 Prozent im Hortbereich. Das ist nicht sozial verträglich. Extrem fragwürdig findet er die Aussage, dass die Elternvertreter jetzt glücklich und zufrieden sind, dass die drastischen Erhöhungen vom Tisch sind. Die Art und Weise der Handhabung der Vorlage in den zwei Lesungen hält er für mehr als falsch. Zuerst werden utopische Beiträge von über 161 Prozent in den Raum gestellt und dann freuen sich alle, wenn die Eltern aufatmen und es nur noch Erhöhungen von maximal 30,5 Prozent im Kita-Bereich gibt. Das ist keine Art und Weise, wie hier unten an der Basis Politik gemacht werden sollte. Es ist schlimm genug, wenn es in Berlin und Magdeburg so praktiziert wird. Auch die Zusammenkunft der Fraktionsvorsitzenden mit dem Oberbürgermeister und die angebliche einvernehmliche Lösung empfindet er als fragwürdig. Mit dieser im Raum stehenden Aussage in den Ausschüssen, war eine Diskussion kaum noch möglich. Mitnichten haben alle Fraktionsvorsitzenden diesen neuen Zahlen zugestimmt. Die Ursachen der Preisentwicklung für die frühkindliche Bildung sind vielfältig. Sie liegen aber hauptsächlich im neuen Kinderförderungsgesetz, das grundsätzlich einen richtigen Ansatz hat, wie die Wiedereinführung des Rechtes auf einen Ganztagesplatz und die Verbesserung des Betreuungsschlüssels, jedoch ohne dabei die entsprechenden finanziellen Auswirkungen auf die Kommunen aufkommensneutral zu regeln. Das bestreitet das Land, was in verschiedenen Presseartikeln von Politikern zum Ausdruck kommt. Wenn das so ist, sollten die Politiker beim Wort genommen und der von ihnen propagierte finanzielle Ausgleich angefordert werden. Wenn jetzt die höheren Elternbeiträge festgelegt werden, werden diese definitiv im Nachhinein nicht mehr gesenkt, auch wenn vom Land mehr Gelder übernommen werden. Er ruft alle Stadträte auf, der Erhöhung der Elternbeiträge nicht zuzustimmen und erinnert an die Verantwortung den Bürgern (eingeschlossen Eltern und Kinder) gegenüber. Die moderne Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass die Versorgung der Alten eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Genau so sollte es sich bezüglich der Last bei der Erziehung der Kinder verhalten, an der sich alle in der Gesellschaft zu gleichen Teilen beteiligen müssen. Er stellt die Höhe der Elternbeiträge (vor der Erhöhung: zwischen 6.400 u. 8.400 € / nach der Erhöhung: bis 10.080 €) gegenüber, die Eltern eines Kindes bis zum Schuleintritt nur für die Betreuung aufbringen müssen. Aus einem Gespräch über die Beitragserhöhung mit einer betroffenen Mutter und deren Mutter, hebt er folgende Fragen hervor. "Wie weit hat uns diese Gesellschaft eigentlich schon gebracht, dass wir zwischen schlimm und schlimmer nur noch zu entscheiden haben? Sind wir nach 24 Jahren in diesem Lande, in dem die Menschen auf die Straße gegangen sind, schon wieder so obrigkeitshörig und akzeptieren derartige Prozesse?" Er appelliert an die Stadträte, genau nachzudenken, ob sie dieser Erhöhung zustimmen und er stellt im Namen der Fraktion DIE LINKE. den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Herr Poschmann erklärt folgendes. Die Verwaltung hat einen Vorschlag gemacht. Dabei wurde von Anfang an davon ausgegangen, dass die Stadt mindestens 50 Prozent tragen muss. Dementsprechend erfolgte die Berechnung. Mit den Fraktionsvorsitzenden wurde lediglich eine Akzeptanzabfrage durchgeführt. Herr Kotzur hat dabei mitgeteilt, dass seine Fraktion damit nicht einverstanden ist. Anders wurde es in den Ausschüssen nicht dargestellt. Die Verwaltung ist in der Pflicht, mehrheitsfähige Vorlagen zu präsentieren. Aus diesem Grund finden solche Vorgespräche statt. Das Souverän darüber ist natürlich der gesamte Stadtrat. Des Weiteren muss die Satzung genehmigungsfähig sein und sich im Rahmen der Gesetze bewegen. Zumindest müssen die Mittel im Haushalt dargestellt sein. Über den Städte- und Gemeindebund wird im einvernehmlichen Verhalten der Städte, Gemeinden und Landkreise das Ganze gutachterlich untersucht. Nur dann kann man dagegen vorgehen. Eine Entscheidung ist in diesem Jahr nicht zu erwarten. Die tatsächlichen Zahlen der Inanspruchnahme werden das erste Mal im September geprüft.

Geschäftsordnungsantrag des Stadtrates Herrn Schmidt (BOS-Fraktion)

Herr Schmidt beantragt eine Auszeit von 10 Minuten für eine Beratung der BOS-Fraktion.

Herr Skrypek bittet um Verständnis, dass dieser Auszeit die Einwohnerfragestunde vorgezogen wird.

17:17 Uhr - Beginn der EINWOHNERFRAGESTUNDE

Anfrage des Bürgers Herrn Lothar Wolfram, Sangerhausen, Hinter der Ulrichkirche 2

Herr Wolfram muss seit Jahren feststellen, dass die Ordnung auf dem Friedhof immer schlechter wird. Das betrifft vor allem die Gräber selbst und was dahinter liegt. Im Schaukasten hängt ein Aufruf, der darauf hinweist, dass vieles nicht so sein sollte. Es entsteht der Eindruck, man befindet sich auf der Außenanlage eines Gartencenters. Es

stehen Kanister, Flaschen, Werkzeug u.a. an den Gräbern. Sogar kleine Halterungen für Besen und Kratzen sind angebracht. Er fragt, ob es schon passiert ist, dass etwas entfernt wurde. Er weiß von Gärtnern, dass vor der Rasenmahd alles weg- und danach wieder alles hingeräumt wird. Das ist doch nicht im Sinne des Erfinders. Er ist dafür, die ganzen Sachen einzusammeln und in einen Container zu werfen. Er hat mindestens schon 100 Fotos gemacht, die Grabstätten in diesem Zustand zeigen. Das entspricht nicht dem Bild eines Friedhofes. Von der fehlenden Ordnung in der Stadt möchte er erst gar nicht anfangen.

Antwort des Fachbereichsleiters Bürgerservice Herrn Michael

Herr Michael informiert, dass auf dem Friedhof täglich unter anderem Hausmüll und auch Grünschnitt von privaten Grundstücken entsorgt wird. Nachts holen sich Leute Wasser in Kanistern. Derzeit wird die seitliche Zufahrt zum Friedhof schon abgeschlossen. Auf dem Friedhof gibt es nicht nur die eben geschilderten Probleme. Täglich werden die UGA und auch Gräber von den beschriebenen Gegenständen beräumt. Bei Gegenständen von gewissem Eigentumswert, werden die Leute angesprochen und aufgefordert das entsprechend zu lassen. Es wird daran gearbeitet. Er verspricht eine Besserung durch eine organisatorische Änderung im personellen Bereich des Friedhofes.

17:20 Uhr - Ende der EINWOHNERFRAGESTUNDE

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag (Auszeit für 10 Minuten)

Ja-Stimmen = 30
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 2

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag mehrheitlich angenommen.

Auszeit von 17:20 Uhr bis 17:32 Uhr

17:20 Uhr
Herr Schwarz und
Herr Kemesies kommen = **34**

Herr Schmidt hat bei den bisherigen Abstimmungen im Hauptausschuss und Ortschaftsrat der Vorlage zugestimmt. Seitdem der Oberbürgermeister über die Bewerbung der Stadt Sangerhausen um die Austragung des Sachsen-Anhalt-Tages informiert hat, kann er das nicht mehr. Es kommen enorme Kosten auf die Stadt zu und jeder weiß wie der Haushalt aussieht. Die Kinder sind wichtig. Müssen die Eltern jetzt zusätzlich noch belastet werden?

Herr Poschmann hat gestern im Hauptausschuss über den Sachsen-Anhalt-Tag gesprochen. Dort sagte er, dass man bereits mit einer Erwartungshaltung an die Stadt herantritt, dass sie auch irgendwann einmal dieses Event austrägt. Für September soll eine Entscheidungsvorlage vorbereitet werden. Diese Entscheidung kann nur im Wissen um die finanziellen Auswirkungen getroffen werden. Diese sind bislang nicht bekannt. Die Modellrechnung, die es vor vielen Jahren gab, kann man nicht mehr verwenden. Man muss die neuen Bedingungen besprechen.

Frau Scheffel hatte im Sozialausschuss ebenfalls für die Vorlage gestimmt. Genau wie ihr Vorredner kann sie das jetzt nicht mehr tun - wenn heute schon über eine Erwartungshaltung gesprochen wird. Hinter ihr sitzen sicherlich Leute, die auch etwas erwarten und nicht alle, die etwas erwarten, in dieser Stadt, sind heute hier. Kaum einer wird noch bedient, weil kein Geld da ist und im selben Atemzug wird von so etwas gesprochen. Es ist gut so, dass Sangerhausen nicht zum Zuge kam, die Landesgartenschau auszutragen.

Herr Qual schlägt vor, das eine nicht mit dem anderen zu vermengen. Heute wird über die aufgerufene Vorlage beraten und entschieden. Über den Sachsen-Anhalt-Tag berät und entscheidet ebenfalls der Stadtrat in einer Sachlichkeit und Ruhe. Dann wird darüber befunden, ob der Antrag gestellt wird oder nicht.

Herr Hüttel weist darauf hin, dass eine Begründung für die Erhöhung der Elternbeiträge die war, dass die Stadt kein Geld hat und somit die Eltern belasten muss und gleichzeitig wird über solche Dinge nachgedacht. Es geht um das Geld und um nichts anderes.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die in der Anlage beigefügte "Neufassung der Benutzungs- und Gebührensatzung für Kindertageseinrichtungen in der Stadt Sangerhausen".

Namentliche Abstimmung über die Beschlussvorlage

Herr Ralf Poschmann	Ja
Herr Dieter Klein	Ja
Herr Thomas Peckruhn	Ja
Frau Monika Rauhut	Ja
Herr Volker Schachtel	Ja
Herr Andreas Skrypek	Ja
Frau Regina Stahlhacke	Ja
Herr Harald Weiß	Ja
Herr Reinhard Windolph	Ja
Herr Michael Dietrich	Nein
Herr Peter Dietrich	Nein
Herr Holger Hüttel	Nein
Herr Klaus Kotzur	Nein
Frau Christine Kümmel	Nein
Frau Sabine Künzel	Nein
Herr Günter Prause	Nein
Herr Axel Sell	Nein
Herr Siegmar Hecker	Nein
Herr Andreas Herold	Nein
Herr Volker Kinne	Ja
Herr Bert Mrozik	Ja
Frau Katrin Scheffel	Nein
Herr Helmut Schmidt	Nein
Herr Jürgen Telle	Ja
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser	Ja
Herr Mike Bösel	Ja
Frau Gesine Liesong	Ja
Frau Käthe Olschak	Ja
Herr Lothar Wolfram	Ja
Frau Christine Block	Ja
Herr Arndt Kemesies	Ja
Herr Helmut Qual	Ja
Herr Udo Schwarz	Ja
Herr Heiko Brunthaler	Ja

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	= 22
Nein-Stimmen	= 12
Stimmenenthaltungen	= 0

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-38/13** registriert.
Inkrafttreten am: 01.08.2013

6.2 Haushaltssatzung einschließlich Haushaltsplan der Stadt Sangerhausen für das Haushaltsjahr 2013

Herr Schuster begründet die Beschlussvorlagen der TOP 6.2 und 6.3 im Zusammenhang und geht auf Eckdaten der Haushaltssatzung, des Haushaltsplanes und der 5. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ein. Im gestrigen Hauptausschuss stellte die BOS-Fraktion den Änderungsantrag, jeweils einen Sperrvermerk auf folgende Ausgabepositionen des Bauhofes im Teilfinanzplan B, Planung einzelner Investitionsmaßnahmen, zu verhängen. Es handelt sich um den Erwerb eines Streuers für ein Fahrzeug zur Ausrüstung des Winterdienstes und den einer Ast- und Wallheckenschere. In beiden Fällen sollten die Empfehlungen des neu zu bildenden Ausschusses für den Bauhof abgewartet werden, um dann gemeinsam mit dem Hauptausschuss die Investition auf den Weg zu bringen. Die Sperrvermerke wurden vom Einbringer übernommen. Des Weiteren informiert er, dass die Kommunalaufsicht darauf hingewiesen hat, dass die Notwendigkeit besteht, die Übersicht über den Stand der Rücklagen, die heute verteilt wurde, zum Haushalt auszureichen. Folgender Änderungsantrag zur 5. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes aus dem gestrigen Hauptausschuss, wird vom Einbringer übernommen. Auf Seite 11 wird in Nr. 7 der 2. Satz wie folgt geändert. "Nach der neuen Verordnung der Schulentwicklungsplanung zeichnet sich ab, dass ab dem Jahr 2017 auch weitere Grundschulen schließen werden." Ein Schreibfehler auf Seite 24 (Entwicklung der strukturellen Fehlbeiträge) ist zu korrigieren. Für das Jahr 2016 muss statt 2.265,5 T€, der Betrag von 1.779,5 T€ (wie in Anlage 1 Seite 7) ausgewiesen werden. Er betont, dass all das, was in den einzelnen Fortschreibungen verankert wurde, Arbeitsaufträge an die Verwaltung sind. Die Umsetzung bedarf immer wieder eines Einzelbeschlusses im Stadtrat. Mit dem Beschluss zur 5. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes wird z.B. keine Schließung einer Schule beschlossen, sondern nur ein Prüfungsauftrag erteilt. Abschließend bedankt er sich für die vertrauensvolle konstruktive Zusammenarbeit.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen zu.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadträtin Frau Rauhut, stellv. Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 4 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 2 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen zu.

Stellungnahme des Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Stellungnahme des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Stadtrat Herr Prause, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ab.

Die Räte von

- 9 Ortschaften stimmten der Beschlussvorlage zu.
- 3 Ortschaften (Großleinungen, Riestedt und Morungen) lehnten ab.

in Gonna fiel die Sitzung aus und in Breitenbach wird erst morgen getagt. (*siehe Anhang*)

Herr Kotzur bedankt sich im Namen der Fraktion DIE LINKE. bei der Kämmerei für diese umfassende und gründliche Arbeit. Die Darlegungen erfolgten in den Fraktions- und Ausschusssitzungen sehr sachlich und umfangreich. Natürlich ist trotz der sehr guten Arbeit nicht zu übersehen, dass kein Haushaltsausgleich erreicht wird. Ursache dafür ist die schlechte finanzielle Ausstattung der Kommunen. In diesem Zusammenhang, hat das FAG keinen Wert. Es besteht sogar die Gefahr, dass pflichtige Aufgaben gerade noch so finanziert und freiwillige Aufgaben auf das absolute Minimum zusammengestrichen werden. Er dankt dafür, dass es der Kämmerei trotzdem gelungen ist, auch für das geringe Maß freiwilliger Aufgaben, dass sich die Stadt noch leisten kann, die

entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen. Mit dieser schlechten finanziellen Ausstattung gerät kommunale Selbstverwaltung immer mehr in Gefahr. Auch durch von der Kommunalaufsicht genehmigte Kredite, wird die Situation verschärft, denn das Kreditvolumen muss erhöht werden, um letztendlich die Aufgaben erfüllen zu können. Nicht zuletzt gehören auch die nicht unerheblichen Mittel dazu, die notwendig waren und sind, um die Doppik einzuführen. Das Land verpflichtet die kommunale Ebene dazu, wobei es selbst diesen Schritt nicht geht. Die Fraktion DIE LINKE wird dem Haushaltsplan und der 5. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes nicht zustimmen. Wenn immer nur zugestimmt wird, muss in Magdeburg doch gedacht werden, dass immer alles in Ordnung ist. Die Ablehnung seiner Fraktion soll ein Signal an das Land sein, um zu zeigen, dass nicht alles in Ordnung ist, dass das FAG, so wie es ist, nicht ausreicht, um die kommunale Ebene ausreichend mit finanziellen Mitteln auszustatten. Kommunale Selbstverwaltung und damit ein wesentliches Stück Demokratie sind unmittelbar mit auskömmlicher Finanzausstattung der kommunalen Ebene verbunden. Es ist nicht zu übersehen, dass das hier und jetzt nicht gegeben ist. Eine auskömmliche Ausstattung ist notwendig um kommunale Selbstverwaltung leben zu können, um zum Beispiel eine Erhöhung der Elternbeiträge für Kinderbetreuung nicht zwingend notwendig zu machen.

Herr Schwarz spricht im Namen der FDP-Fraktion der Verwaltung Lob und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus. Seine Fraktion wird dem Haushalt, der Haushaltssatzung und der 5. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes zustimmen. Er appelliert an die Stadträte, den Vorlagen zuzustimmen.

Herr Kemesies bedankt sich herzlich im Namen der SPD-Fraktion bei der Verwaltung und insbesondere bei der Kämmerei für die Erarbeitung und sachliche Darlegung, so dass die Stadträte den Haushalt nachvollziehen und verstehen können. Nach 2 Lesungen mit langer Diskussion und Debatte, kommt es heute hoffentlich zur Beschlussfassung des Haushaltes für das Jahr 2013 und des Konsolidierungskonzeptes. Negativ zu sehen, ist das erhebliche Haushaltsdefizit im Ergebnishaushalt, die Erhöhung des Kassenkredites und die Tatsache, dass der Investitionshaushalt nur zu Lasten einer großen Streichliste von investiven Maßnahmen ausgeglichen werden konnte. Der Spielraum für die Maßnahmen, die sicher notwendig wären, aber auf Grund der geringen finanziellen Mittel nicht realisierbar sind, geht gegen Null. Im Haushaltsentwurf wurde bereits schon an die Grenzen des Einsparpotenzials gegangen. Es fehlt hier an Effekten, wo durch Maßnahmen bei größeren Ausgabepositionen, Umlage- bzw. Transferaufwendungen und bei Personalkosten (z.B. 18,1 Prozent aller Beschäftigten in Altersteilzeit) entsprechende Einsparungen erzielt werden. Bei jährlich sinkenden Einwohnerzahlen steigen die Personalausgaben jedes Jahr. Hier muss es Ansatz sein, vorhandene Einsparpotenziale unbedingt zu nutzen. Kreisumlage bzw. Transferaufwendungen, Personalkosten und anfallende Zinsen für Schulden nehmen insgesamt eine Ausgabeposition von fast 73 Prozent des gesamten Haushaltsvolumens ein. Damit ist jeglicher Gestaltungsspielraum im Haushalt genommen. Der Jahresabschluss 2012 weist ein Defizit im Verwaltungshaushalt von ca. 5 Mio. € aus. Der darin enthaltene Fehlbetrag aus 2010 von rund 7,9 Mio. € wurde Dank der Bedarfszuweisung des Landes gedeckt und der strukturelle Fehlbetrag in 2012 nicht erhöht. Wenn man heute die Steuermesszahl betrachtet, könnte man Grund zur Freude haben. Aber dieser Blick wird sofort wieder getrübt, wenn man sieht, dass davon rund die Hälfte als Kreisumlage an den Kreis gezahlt werden muss. Die Festlegungen im Konsolidierungskonzept wurden eingehalten. Gleichwohl ist das Konsolidierungskonzept nicht so recht erfolgversprechend. Wo will man überall noch einsparen bzw. mehr Einnahmen erzielen? Es sind bei diesem Konzept Grenzen erreicht, wo man an die Sinnhaftigkeit einiger Maßnahmen denken muss. Im Gegenteil - das dort für 2017 prognostizierte kumulative Defizit ist ernüchternd. Das Konsolidierungskonzept enthält keine nachhaltigen erfolgversprechenden zukunftsweisenden Maßnahmen. Etwa ein Drittel der Maßnahmen, die im Konzept vorgesehen sind, begründen sich allein auf Mehrkosten für unsere Bürger und Unternehmen. Das allein ist nicht zukunftsweisend. Bei jährlich sinkenden Einwohnerzahlen müssen immer weniger Bürger, immer mehr zahlen. Trotzdem hofft seine Fraktion, dass der Haushalt und das Konsolidierungskonzept heute beschlossen werden. Eine Versagung der Zustimmung würde an der vorhandenen Situation nichts grundlegendes ändern. Im Gegenteil - die Nichtzustimmung würde Stadträte und Verwaltung in der Arbeit behindern.

Herr Klein schließt sich im Namen der CDU-Fraktion seinen Vorrednern an. Die Meisten haben bereits gesagt, wo die Probleme liegen. Es gibt nicht viel zu ergänzen. Mit der Doppik muss die Stadt nun leben. Zu berücksichtigen ist, dass durch den Abwasserbeitrag 2 erhebliche Summen aufgebracht werden müssen. Wenn man diese Position streichen würde, wäre der Haushalt fast ausgeglichen. Was den Haushalt betrifft, hat die Stadt den Tiefpunkt erreicht. Wie im Konsolidierungskonzept geschrieben steht, wird es besser werden. Um die Benutzungs- und Gebührensatzung für Kindertageseinrichtungen auf den Weg zu bringen, wurden zusätzlich 600 T€ aufgebracht. Auch das ist kommunale Selbstverwaltung, die die Stadt realisiert hat. Die Steuersätze sind konstant geblieben. Nicht erfreulich ist, dass bei den freiwilligen Aufgaben das Mindestmaß erreicht wurde. Es muss mehr Kreativität entwickelt werden. Er berichtet über Gespräche, u.a. mit dem Innenminister über die neue Kommunalverfassung und mit einer Mitarbeiterin des Bauhauses in Dessau. Im Gegensatz zu Mecklenburg-Vorpommern hat in Sachsen-Anhalt bisher keine Kommune einen Antrag dafür gestellt, Modellprogramme laufen zu lassen. Kommunale Selbstverwaltung bedeutet für die Kommunen auch, etwas neues zu entwickeln und auszuprobieren. Abschließend dankt er der Verwaltung und informiert, dass der Sangerhäuser Stadtrat das klarste Konsolidierungsprogramm

Sachsen-Anhalts hat. Er weist auf einen Antrag hin, den die CDU-Fraktion in der nächsten Stadtratssitzung stellen will. Alle Gebührensatzungen sollen alle 3 Jahre auf den Prüfstand gestellt werden. Dabei ist zu entscheiden, ob die Sätze so bleiben können, obwohl sie nicht mehr kostendeckend sind oder ob angepasst werden muss. Seine Fraktion wird dem Haushalt und der 5. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes zustimmen.

Frau Rauhut möchte die Abstimmungsergebnisse der Ortschaften konkretisieren, die Herr Skrypek zum Haushaltsplan bekanntgegeben hat. Es ist richtig, dass der Wippraer Ortschaftsrat dem Haushalt zugestimmt hat. Die 5. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes hat er aber aus folgenden Gründen abgelehnt. Die Räte sind zwar mit den Zahlen, aber nicht mit den Prüfaufträgen, was die Schließung der Grundschulen und Bäder betrifft, einverstanden.

Herr Skrypek bedauert, wenn es Irritationen hinsichtlich der Abstimmungsverhältnisse gegeben hat. Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den Ortschaftsratssitzungen wird der Niederschrift angehängt. Er betont, dass es sich bei den Kritikpunkten aus Wippra um Arbeits- bzw. Prüfaufträge an die Verwaltung handelt.

Herr Bösel spricht im Namen der B.I.S.-Fraktion. Erstmals wurde der Haushalt nach den Grundsätzen der Doppik aufgebaut. Seiner Fraktion ist die tiefgreifende Veränderung sehr bewusst. Auch wenn sie sehr gern Kritik an der Arbeit in der Verwaltung übt, ist es hier angebracht, die geleistete Arbeit besonders zu loben. Herr Schuster, Frau Wunder und ihr Team, haben es nicht nur geschafft, die Umstellung selbst zu begreifen und umzusetzen, sondern auch Wege gefunden, diesen Haushalt für die Stadträte lesbar zu gestalten. Dafür ein besonderer Dank. Trotz allem gibt es auch Kritikpunkte, denn die Stadt Sangerhausen geht mit einem Defizit von ca. 5 Mio. € an den Start. Von den geplanten Einnahmen von knapp 40 Mio. € fließen allein 11 Mio. € in die Kreisumlage. 17,5 Mio. € werden für Personalkosten aufgewendet. Mit dem Rest müssen die pflichtigen Aufgaben bedient werden. Daraus resultierend, steht nur ein sehr kleiner Anteil für freiwillige Leistungen, wie Jugendarbeit, Kultur und Sport zur Verfügung. Es gilt, zukünftig daran zu arbeiten, mehr Geld für diese freiwilligen Aufgaben und damit für die Bürger dieser Stadt bereitzustellen. Zu diesem Zweck ist es notwendig, bestimmte Positionen zu überdenken. Es bedarf dringend eines Planes, wie die Rosenstadt GmbH mit den selbsterwirtschafteten Mitteln und somit ohne Zuschüsse der Stadt, seine Aufgaben erfüllen kann. Auch große Posten, wie die Personalaufwendungen, dürfen nicht in Stein gemeißelt sein. Gerade hier gibt es Einsparungspotenzial in Größenordnung. Als Beispiel sei die Vorhaltung eines eigenen Rechnungsprüfungsamtes genannt, deren Notwendigkeit seine Fraktion für fragwürdig hält. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Erhöhung des Kassenkredits um 25 Prozent, um nunmehr 25 Mio. €. Die B.I.S.-Fraktion fordert die Verwaltung auf, mit diesem sehr hohen Limit sorgsam umzugehen. Ziel muss sein, diese Zahl künftig wieder auf ein erträgliches Maß nach unten zu korrigieren. Trotz der hoffentlich konstruktiven Kritik, wird seine Fraktion dem vorliegenden Papier zustimmen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt nach öffentlicher Beratung die Haushaltssatzung für das Jahr 2013.

1. Haushaltssatzung

Aufgrund des § 92 der Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. August 2009 (GVBl. LSA S. 383) zuletzt geändert durch Vierte Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung vom 30.11.2011 (GVBl. LSA S. 814), hat die Stadt Sangerhausen die folgende, vom Stadtrat in der Sitzung am 11.07.2013 beschlossene Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie einhergehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird

1. im Ergebnisplan mit dem

<i>a) Gesamtbetrag der Erträge auf</i>	<i>39.872.400 Euro</i>
<i>b) Gesamtbetrag der Aufwendungen auf</i>	<i>45.096.100 Euro</i>

2. im Finanzplan mit dem

<i>a) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf</i>	<i>35.676.100 Euro</i>
--	------------------------

b) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	41.830.800 Euro
c) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	4.856.300 Euro
d) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	9.109.100 Euro
e) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	5.530.300 Euro
f) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	1.277.500 Euro

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 5.530.300 Euro festgesetzt.

§ 3

Eine Verpflichtungsermächtigung wird nicht festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit wird auf 25.000.000 Euro festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A) auf	400 v. H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	400 v. H.
2.	Gewerbsteuer auf	350 v. H.

§ 6

Über – und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 97 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt sind erheblich, wenn sie im Einzelfall folgende Wertgrenzen übersteigen:

- Über über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen beschließt der Stadtrat nur, wenn sie den Betrag von 25.000,00 € übersteigen.
- Der Hauptausschuss beschließt über über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, wenn sie den Wert von 10.000,00 € übersteigen bis zu einem Wert von 25.000,00 €.
- Die Zuständigkeit zur Entscheidung über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bis 10.000,00 € wird auf den Oberbürgermeister übertragen.

Sangerhausen, den 12.07.2013

(Unterschrift Oberbürgermeister)

(Siegel)

2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2013

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Jahr 2013 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Der Haushaltsplan mit seinen Anlagen liegt nach § 94 Abs. 3 Satz 1 der Gemeindeordnung zur Einsichtnahme vom bis ... im Rathaus, Zimmer.... öffentlich aus.

Die nach § 99 Abs. 4 und § 100 Abs. 2 der Gemeindeordnung erforderlichen Genehmigungen sind durch ... am ... unter dem Aktenzeichen ... erteilt worden.

Sangerhausen, den

(Unterschrift Oberbürgermeister)

(Siegel)

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 25
Nein-Stimmen = 9
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2-38/13** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung

6.3 5. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Stadt Sangerhausen für die Jahre 2010 bis 2017

Begründung: Herr Schuster (*siehe TOP 6.2*)

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadträtin Frau Rauhut, stellv. Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 4 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung zu.

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 3 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Stellungnahme des Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Stellungnahme des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Stadtrat Herr Prause, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 3 Nein-Stimmen, 1 Ja-Stimme und 1 Enthaltung ab.

Herr Skrypek informiert, dass die Übersicht über das **Abstimmungsverhalten der Ortschaftsräte**, der Niederschrift angehängt wird. (*siehe Anhang*)

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt nach öffentlicher Beratung die in der Anlage beigefügte **5. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Stadt Sangerhausen für die Jahre 2010 bis 2017**.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 23
Nein-Stimmen = 10
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-38/13** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

6.4 Bildung eines zeitweiligen Ausschusses für den Regiebetrieb Bauhof

Herr Poschmann begründet die Beschlussvorlage. Es geht um die Bildung eines zeitweiligen beratenden Ausschusses für die Arbeit des Regiebetriebes Bauhof. Er schlägt vor, die letzten 2 Sätze des Beschlusstextes zu streichen. Darauf hat sich der Hauptausschuss in seiner gestrigen Sitzung verständigt. In Absprache mit dem Vorsitzenden des Stadtrates fordert er die Fraktionen auf, die Ausschussmitglieder zu benennen und dem Ratsbüro umgehend die Namen mitzuteilen. Danach kann zur konstituierenden Sitzung eingeladen werden.

18:25 Uhr
Frau Block geht = 33

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage in veränderter Form mit 7 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zu.

Herr Schwarz sieht keinen Sinn darin, kurz vor Ende der Legislatur diesen zeitweiligen Ausschuss zu bilden. Ausschüsse kosten Zeit und Geld. Die Aufgabe obliegt dem Oberbürgermeister. Er hat die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Z.B. könnten solche Sachen auch dem Hauptausschuss übertragen werden, um schnell arbeitsfähig zu sein.

Herr Windolph widerspricht. In der Arbeitsgruppe Bauhof wurde bereits fast ein Jahr sehr intensiv diskutiert. Zum Teil konnten auch Ergebnisse erzielt werden. Außerdem wurde festgestellt, dass es weiteren Diskussionsbedarf gibt. Bei dem jetzigen Erkenntnisstand, hält er es für sinnvoll die Arbeit fortzusetzen.

Beschlusstext:

Der Gemeinderat beschließt zur Verbesserung der Effizienz des Bauhofes einen zeitweiligen Ausschuss "Regiebetrieb Bauhof" zu bilden. Die Anzahl der Sitze im Ausschuss entspricht der Anzahl der ständigen Ausschüsse.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 26
Nein-Stimmen = 7
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-38/13** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

6.5 Verkauf des städtischen Grundstückes Schlossgasse 1 und 3, Gemarkung Sangerhausen, Flur 14, Flurstücke 44/299 (43m²) und 44/300 (72m²)

Herr Poschmann begründet die Beschlussvorlage. In der gestrigen Hauptausschusssitzung wurde vorgeschlagen, das Grundstück der städtischen Wohnungsbaugesellschaft anzutragen. Aus einem Gespräch mit dem Geschäftsführer ging hervor, dass seitens der SWG kein Interesse besteht, da das Grundstück nicht in das Portfolio eines großen Vermieters passt. Sollte der Fall eintreten, dass die Stadt es nicht verkauft bekommt, dann würde er es in das Eigentum der SWG (Bilanztausch) übernehmen, um der Stadt die Aufgaben abzunehmen. Das ist nachrangig, denn Ziel war, einen Verkaufserlös zu erzielen und diesen für andere Investitionen einzusetzen. Daran hält Herr Poschmann fest, denn in ein paar Jahren muss in die Gebäude investiert werden.

18:28 Uhr
Frau Block kommt = 34

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte über die Beschlussvorlage nicht ab, da die Frage nach dem Interesse der SWG noch ungeklärt war.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Herr Hüttel hat eine Frage in Bezug auf die Verknüpfung mit der Worchschen Stiftung. Die Stiftung hat einen bestimmten Stiftungszweck. Welche Auswirkungen hat ein Verkauf? Fließt der Erlös in die Worchsche Stiftung?

Herr Poschmann erinnert, dass die Worchsche Stiftung reaktiviert ist. Dazu gibt es ein Anlageverzeichnis. Früher war bei den Grundstücken "Worchsche Stiftung" eingetragen. Die Stadt hätte unter Umständen die Übernahme für die Stiftung beantragen können. Darauf wurde verzichtet. Im Zusammenhang mit den Gründungsunterlagen wurde darüber ausgiebig beraten. Bebaute Grundstücke in einer solchen Konstellation sind eher nicht für Stiftungen in dieser Größe geeignet.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt und bevollmächtigt, die Objekte Schlossgasse 1 und Schlossgasse 3, Gemarkung Sangerhausen, Flur 14, Flurstücke 44/299 und 44/300 zur Veräußerung zu bringen. Hier sollte die Möglichkeit der öffentlichen Bekanntmachung vorrangig genutzt werden. Führt diese nicht zum Erfolg, ist die Veräußerung über einen Makler "wettbewerb" anzustreben. Der Verkauf ist dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 30
Nein-Stimmen = 2
Stimmenenthaltungen = 2

Damit ist die Beschlussvorlage bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-38/13** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

6.6 Satzung zur Wahlplakatierung in der Stadt Sangerhausen zur Bundestagswahl 2013

Herr Kotzur begründet die Beschlussvorlage. Wenn die Satzung beschlossen wird, erwartet er von der Verwaltung, dass sie sich mit der Kommunalaufsicht in Verbindung setzt und eine möglichst schnelle Genehmigung erreicht. Damit könnte die Satzung schon zur bevorstehenden Bundestagswahl greifen.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 1 Ja-Stimme, 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen ab.

Herr Qual begrüßt im Namen der FDP-Fraktion generell, dass für die Stadt Sangerhausen eine derartige Satzung beschlossen werden soll. Dennoch stellt er einen Änderungsantrag. Der § 3 (2) der Satzung, in dem die Stückzahl der maximal aufzuhängenden Plakate geregelt wird, soll wie folgt geändert werden.

"(2) Die Anzahl der Wahlplakate pro Berechtigte wird in der Stadt Sangerhausen auf max. ~~120~~ 100 Plakate festgesetzt. In Ortsteilen mit mehr als 1.000 Einwohnern (Oberröblingen, Riestedt und Wippra) auf max. ~~40~~ 8 Plakate pro Berechtigte und in allen anderen Ortsteilen auf ~~sechs~~ vier Wahlplakate pro Berechtigte." Auf Grund der Erfahrungen aus den Wahlen nach der Wende, muss er feststellen, dass mit der Festlegungen der Anzahl der Plakate im Satzungsentwurf nicht das Ziel der Satzung erreicht wird. Die Plakatierung muss eingeschränkt werden. Wenn alle etablierten Parteien, die im Entwurf festgelegte Anzahl ausschöpft, wird es eine Plakatierung geben, die noch nie da war.

Herr Poschmann gibt Informationen zur Umsetzung der Satzung. Sie ist genehmigungspflichtig. Das heißt, dass sie der Kommunalaufsicht des Landkreises zur Genehmigung vorgelegt werden muss. Es ist schwer abzuschätzen, ob der Zeitrahmen ausreicht, um die Plakatierung für die nächste Wahl (Bundestagswahl) zu regeln. Die Kontrolle dessen, was hier festgelegt wird, wird sich schwierig gestalten und zu Streitigkeiten führen. Er nennt einige Beispiele. Die Anzahl der Plakate sollte nicht reduziert werden. Bei Stichwahlen ist z.B. mit 100 Plakaten in der Stadt keine Wahlstimmung erzeugbar. Er persönlich ist nicht davon überzeugt, dass die Satzung das bringt, was erwartet wird. Der Ansatz ist positiv zu werten, aber man müsste über viele Sachen noch einmal reden, wie z.B. über § 3 (1) S. 2 und § 4 S. 1 usw.. Es fällt ihm schwer hier zuzustimmen.

Herr Schwarz ...

KASSETTENWECHSEL

... man kann die Sache regeln. Es wurden in der Vergangenheit so viele Sachen geregelt, auch darüber kann man sprechen. Er stellt den Antrag auf 1. Lesung.

Herr Kotzur stellt fest, dass der Antrag auf 1. Lesung der weitergehende ist. Als Einbringer nimmt er den Antrag an, um die Möglichkeit zu haben, an dieser Satzung inhaltlich zu arbeiten und für die 2. Lesung auf den Stand zu bringen, dass ihr mehrheitlich zugestimmt wird.

18:40 Uhr

Herr Sell geht = 33

Abstimmung über den Antrag auf 1. Lesung

Ja-Stimmen = 21
Nein-Stimmen = 11
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist der Antrag auf 1. Lesung mehrheitlich angenommen.

7. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung

.
.

8. Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung

.
.

9. Informationen und Anfragen

.
.

10. Vorstellung Vergabekonzept Schwimmhalle

.

11. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Skrypek stellt die Öffentlichkeit wieder her. Niemand betritt den Saal.

Um 19:28 Uhr beendet der Stadtratsvorsitzende Herr Skrypek die Sitzung.

Simone Jung
Protokollführerin

Andreas Skrypek
Vorsitzender